

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/45. Jahrgang

Februar 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

## LaGa: Macht wenigstens sonntags das Tor auf!

Mit frischem Mut traf sich die BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ zur ersten Sitzung im neuen Jahr. Einstimmig wurde ein Schreiben an die Stadt beschlossen und angeregt, das Gelände der LaGa an den Wochenenden, wenn keine Arbeiten verrichtet werden, der Gießener Bevölkerung zum Spaziergehen wieder zugänglich zu machen. Dies wurde umgehend abgelehnt, da die Kosten und das Sicherheitsrisiko zu hoch seien. Sie setzt offenbar auf hermetische Abriegelung mit (Nato-Stacheldraht-)Zaun. Wie wärs mit Selbstschußanlagen? - Geplant sind weitere Info-Stände und kritische Ausein-

andersetzung mit den diversen Fragen: Verstößt die "Gehölzpflege" am Schwanenteich gegen den Beschluß des Stadtparlaments? Gibt es eine Verkehrsplanung? Für Parkplätze? Geht es bei der Stellenausschreibung für das Palmencafé mit rechten Dingen zu? Hier wurden unbefristete Arbeitsplätze angeboten, obwohl die LaGa nur ein halbes Jahr dauert; möglicherweise ein Betrugsversuch mit Vermittlungsgutscheinen. Es wurde daran erinnert, daß in Bad Nauheim Löhne von 4.50 Euro gezahlt wurden. Auch die sog. Kunstleitpfähle wurden thematisiert, die keineswegs als Verschönerung son-

**Das Demokratieverständnis von Bgm. Weigel-Greulich**  
Sie verstieg sich in der Gießener Zeitung zu der Behauptung: *"Wer jetzt noch gegen die Landesgartenschau ist, der schadet der Stadt."* Ihr gestörtes Verständnis von Demokratie und Achtung des Bürgerwillens und Bürgerengagements hat sie noch nie verhehlt, in dieser Deutlichkeit aber selten zu verstehen gegeben.

dern als lästig (z.B. Verkehrsampeln verdeckend) empfunden wurden und mit denen nicht nur an Schulen sondern sogar in den Kitas die Kinder für die LaGa instrumentalisiert werden.



Tausende demonstrierten am 1.2. in München gegen die NATO (s.S.8), und ihre völkerrechtswidrigen Angriffskriege, die mit Lügen gerechtfertigt und als „humanitäre Interventionen“ verkauft werden - mit verheerenden Folgen für die Menschen.

### Inhalt:

Frauenrechte/EU-USA-Handel	S.2
Sonntagsöffnung/Schülerdemo	S.3
Rentenreform/Selbstkosten/UKGM	S.4
12-Std.-Tag/Kapitalist. Astrologie	S.5
Von Heuschrecken u. Drohnen	S.6
Wirtschaftsflucht/Prozeß D. Stephan	S.7
Gauk+Steinmeier:Krieg/Termine	S.8

## Marktplatz: Häßlich bis 2022?!

Die potthäßlichen Warthäuschen, die CDU-Baudezernent Rausch zu verantworten hat, müssen bis zum Jahr 2022 stehen bleiben, weil sonst Fördergelder zurückgezahlt werden müssen. Dies verkündete die OB im Bericht über die künftige Gestaltung des Marktplatzes. „Eine nachhaltige Verbesserung der Aufenthaltsqualität verlangt zunächst eine Lösung der sozialen Probleme“, meint sie weiter, womit die Trinkerszene gemeint ist. Da geeignete Maßnahmen, wie die Einrichtung einer Wärmestube/Aufenthaltsräumen, wie sie die DKP fordert, abgelehnt wurden, wird uns der Marktplatz in voller Trostlosigkeit erhalten bleiben. Foto: Am 1. Juli 2006 protestierten Gießener Montagsdemonstranten gegen die Warthäuschen, die nicht nur häßlich und unpraktisch, sondern wahnsinnig teuer sind (Gesamtkosten: 577.000 Euro), während z.B. für Verbesserungen beim Gießen-Paß "kein Geld" da ist.



**Für Frieden und Sozialismus!**



# Frauen in der DDR und heute in der BRD

Während Frauen heute 2014 immer noch keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen, öfter von Minijobs und Minirenten betroffen sind, schauen wir mal, was die vielfach diffamierte DDR in den wenigen Jahren ihrer Existenz geschafft hat. In der Verfassung der DDR von 1949 war die Gleichberechtigung der Frau verankert. Frauen durften im Gegensatz zur BRD ohne Erlaubnis des Ehemannes arbeiten gehen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit war selbstverständlich, Frauen waren damit ökonomisch unabhängig. Kinder bekamen warmes Essen während der ganztägigen Kinderbetreuung, bzw in der Schule, die Erwachsenen aßen in der Betriebskantine, Wäschereien wurden eingerichtet und es gab allmonatlich einen vollbezahlten Haushaltstag. Kostenlos waren Scheidungen, die Pille ab 1965, Schwangerschaftsabbrüche ab 1972. Die jahrhundertlange Unterdrückung der Frauen konnte natürlich nicht über Nacht per Gesetz abgeschafft werden. Mit der ökonomischen Unabhängigkeit war aber der Grundstein dafür gelegt worden und die

schrittweise Überwindung der Unterdrückung der Frauen war in Angriff genommen und sicher auch 1989 noch nicht abgeschlossen. Dann kam es mit der Konterrevolution zu einer vollkommenen Rückentwicklung der Gleichberechtigung. Nach 1990 wurden viele Frauen in der DDR arbeitslos und fanden als „überqualifizierte“ (90% hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung) keinen adäquaten Arbeitsplatz. Gleichen Lohn gab es auch nicht mehr, ab sofort verdienten Frauen 20-30% weniger als ihre männlichen Kollegen bei gleicher Tätigkeit. Dafür lernten sie neue Dinge wie um Almosen bei der Tafel anstehen und was Zwei-Klassen-Medizin, Zwei-Klassen-Bildung und Zwei-Klassen-Justiz bedeutet. Die fehlende Gleichberechtigung der Frauen ist neben Werksverträgen,

Leiharbeit, Ausspielen deutscher Arbeiter gegen Arbeiter anderer Nationen usw., ein weiterer Aspekt der Spaltung der Arbeiterklasse. Indem die Herrschenden die Arbeiterklasse damit halbieren, nehmen sie Ihnen auch die Hälfte der Kampfkraft für die Kämpfe um bessere Lebensbedingungen für alle. Deshalb ist die Frage der Gleichberechtigung der Frauen keine Frauenfrage, sondern im Interesse aller Angehörigen der Arbeiterklasse, um dann mit geeinter Kraft voraus, nicht nur für die Krümel, sondern den Kuchen zu kämpfen. Sabine Albrecht



## Handelsabkommen EU – USA im Interesse der Konzerne

Schon seit längerer Zeit verhandeln Vertreter der USA und der EU über ein „Transatlantisches Freihandelsabkommen“. Was ist der Zweck dieses Abkommens? Zölle gibt es beim Handel schon lange kaum mehr, das ist in internationale Vereinbarungen geregelt. Beseitigt werden sollen sogenannte „Nicht-tarifären Handelshemmnisse“. Solche Hemmnisse sind in den Augen von Industrie- und Handelskonzernen Regelungen zum Arbeitsschutz, zum Umweltschutz, im Lebensmittelrecht und ähnliches. In den USA werden z.B. Hähnchen nach dem Schlachten in einer Chlorlösung desinfiziert, Tiere dürfen mit

Hormonen gemästet werden, genveränderte Lebensmittel und geklonte Nutztiere sind alltäglich. All das soll auch in die EU exportiert werden können, das was ein US-Bürger essen kann, soll auch für die Menschen in der EU zumutbar sein. Gesundheitsschutz für Beschäftigte wird in den USA klein geschrieben, wenn Konzerne von dort hier investieren, wollen sie mit sowas nicht belästigt werden. Umweltverträglichkeitsprüfungen gibt es in vielen US-Bundesstaaten nicht, deswegen wollen Unternehmer auch hier ohne solche Hindernisse agieren können. Das alles droht beim Abschluß eines solchen

Abkommens. Die Verhandlungen werden nicht von Parlamentariern, sondern von Fachleuten aus Ministerien und Konzernen hinter verschlossenen Türen geführt, Regierungen und Parlamentsausschüsse werden nur gelegentlich und unvollkommen über den Stand informiert. Nach Abschluß eines Vertrages würden besondere Gerichte etabliert, die bei Streitfällen entscheiden. Mit Gerichten im herkömmlichen Sinne haben diese Gremien nichts zu tun, sie bestehen aus drei Anwälten, die geheim beraten und Staaten zu Milliarden schwerem Schadenersatz verurteilen können wenn deren Gesetze den Profit von Konzernen schmälern.

So ein Abkommen bedroht die Rechte aller Bürger und dient nur den Interessen einiger Konzerne. Die Art, wie die Verhandlungen geführt werden, ist typisch für die EU – sie ist ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen des Kapitals. Ein Grund mehr, bei der EU-Wahl für die DKP zu stimmen. Gernot Linhart

### CDU-Ehrung für Mandela – eher eine Beleidigung!

Ausgerechnet die Gießener CDU hat beantragt, eine Straße, einen Platz oder ein Gebäude nach Nelson Mandela zu benennen. Mandela war lebenslang ein unbeugsamer Kämpfer für Gerechtigkeit. Bis zu seiner Einkerkering war er Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Südafrikas. Er war Mitbegründer und Kommandant des bewaffneten Armes des Afrikanischen Nationalkongresses. Er hat jede Ehre verdient, aber nicht die Anschleimerei durch die CDU. **Erinnert sei daran, daß die CDU stets die Regierung in Südafrika unterstützte und mit dem Apartheid-Regime beste Kontakte pflegte.**

# Sonntagsöffnungen: Handel will ja? nein? oder?

Nachdem verdi Klage beim Gießener Verwaltungsgericht eingereicht hat um feststellen zu lassen, dass die Sonntagsöffnung am 5. Januar 2014 in Gießen rechtswidrig war, wollen die Händler keine zusätzlichen Ladenöffnungen an Sonntagen während der Landesgartenschau. So zu lesen in der (wie immer gut informierten) Gießener Allgemeinen vom 28.01.14. Diese Meinung des Gießeners Handels war bis dahin noch nicht zu den Verantwortlichen der Stadt durchgedrungen...

Anscheinend befürchtet der Handel, dass die vom Gießener Magistrat beantragten vier Sonntage anlässlich der Landesgartenschau (4. Mai, 1. Juni, 6. Juli und 7. September) im Sommer umsatzmäßig in die Hose gehen. Denn wer will schon an heißen Sommertagen in Gießen shoppen? Deshalb auch die Kehrtwende des Gießeners Handel.

Dann lieber die bisherigen verkaufsoffenen Sonntage wie Frühlingserwachen, Krämermarkt und Suppenfest; allesamt ohne (wie im Gesetz vorgeschrieben) eigenständiges Marktgeschehen.

Da kommt jetzt die offizielle Gründung der Allianz für den freien Sonntag in Gießen und Umgebung gerade recht.

Die mittlerweile hessenweit und bundesweit agierende Allianz möchte den Sonntag wieder als einen Tag der Ruhe ohne Sonntagsarbeit und Ladenöffnungen ins Bewusstsein rücken. Getragen wird die Allianz von Gewerkschaften und Kirchen. ([www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de](http://www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de)).

Wie zu vernehmen ist, sollen jetzt Gespräche zwischen der Stadt, dem Handel, verdi und den Kirchen stattfinden. Eine gemeinsam getragene Lösung ist das Ziel der Händler und der Stadt.

**Mein Vorschlag:** Ab sofort gibt es in Gießen keine verkaufsoffene Sonntage mehr.

Da ist dann mal Zeit um zur Ruhe zu kommen, spazieren gehen, ab ins Schwimmbad, Landesgartenschau besuchen, Bimmelbahn fahren, im Garten faulenzern, Sport treiben, lesen... das ist doch allemal besser als eine Sonntagsöffnung!

Helmut Appel



**Frage:** Wäre der Einzelhandel auch gegen verkaufsoffenen Sonntage, wenn er mit der Kündigung des Manteltarifs (und damit der Streichung von u.a. Sonntagszuschlägen) durchgekommen wäre??



Sichtbar mit Transparent dabei: die SDAJ



Der Stadtschülerrat rief am 23.01.2014 zu einer Demo „Gemeinsam gegen Rechts“ auf. In dem Aufruf heißt es, dass die Gründung des rechtsextremen Lagers im Lumdatal, die 10,8% bei der Jugendwahl für die NPD im Landkreis und natürlich der Auftritt der NPD im Wahlkampf es notwendig machen, Zeichen zu setzen.

Etwa 1000 Teilnehmer, hauptsächlich Schüler, folgten dem Aufruf und waren um 9.30 Uhr zum Auftakt am

Berliner Platz. Es folgte eine Demonstration durch die Innenstadt und endete um 12.00 Uhr mit einer Abschlusskundgebung.

Auch wenn Schulleiter offiziell nicht zu einer solchen Demo aufrufen dürfen, ging man in Gießen damit sehr unterschiedlich um.

Ein Schulleiter stellte die Teilnahme frei, andere versprachen die Teilnahme als 'unentschuldigte Fehlstunden' festzuhalten. Schlussendlich ist

es paradox, dass in den Schulen einerseits *Demokratie* gelehrt und über *Faschismus aufgeklärt* wird, und die Schüler dann auf der anderen Seite nicht *gegen die Nazis demonstrieren dürfen*.

Dieser Widerspruch kann schwerlich vermittelt werden. Man hätte sich demokratisch als Vorbild verhalten können. Der SSR wertet die Teilnahme und die folgende Präsenz in den Medien als einen Erfolg. M.L.

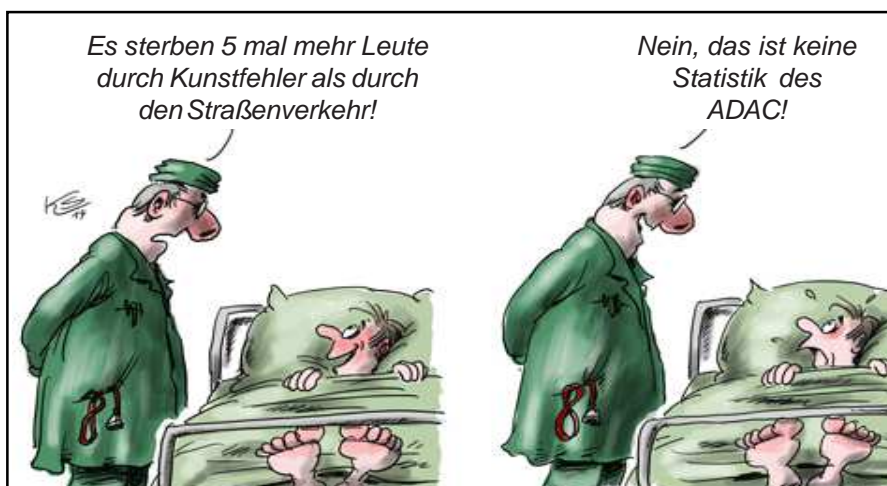
# Rentenflickwerk reicht nicht

Das Bundeskabinett hat die von Arbeitsministerin Nahles (SPD) vorgelegte Rentenreform beschlossen. Darin ist eine geringe Erhöhung der Renten für einen bestimmten Kreis von Müttern und Erwerbsgeminderten vorgesehen sowie eine abschlagsfreie Rente mit 63 für Menschen, die 45 Jahre lang erwerbstätig waren. Dieses Flickwerk ist für die Betroffenen gut, aber es ändert nichts an der großen Ungerechtigkeit bei der Rentenbemessung und der zunehmenden Altersarmut. Die Rente mit 67 wird nicht zurückgenommen, über die Rente mit 70 wird weiter diskutiert. Dennoch laufen Unternehmerverbände Sturm dagegen, weil die Finanzierung vor allem aus der Rentenkasse erfolgen soll, in die Unternehmer und Beschäftigte gleichermaßen einzahlen. Eine eigentlich fällige Senkung der Beiträge wird ausgesetzt. Für den

einzelnen Versicherten sind die 0,6%, die er für seine Rente mehr bezahlt, nicht viel, für die Unternehmer geht es um Millionen; daher ihr Geschrei. Grundsätzlich gilt: Die Rentenversicherung ist Bestandteil der Sozialversicherung für alle Menschen, die um ihren Lebensunterhalt zu sichern darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Sie sollen damit in Zeiten von Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit ausreichende Leistungen erhalten. Finanziert wurde dies zu gleichen Teilen von den Beschäftigten selbst und von den Unternehmen, doch davon haben sich letztere längst verabschieden können (s. Artikel „Selbstbeteiligung“) – stets unter maßgeblicher Beteiligung der SPD (Hartz IV, Riesterrente...). Auch die sog. „Bürgerversicherung“ zielt in die gleiche Richtung: weg von der Beitragsfinanzierung hin zu mehr Steu-



erfinanzierung. Und wo kommen die Steuereinnahmen her? Zum allergrößten Teil aus der Lohn- und der Mehrwertsteuer, also von uns allen. Während die Konzerne Superprofite einfahren und die Reichen immer reicher werden, wurde die Sozialversicherung demontiert und der Anteil der Unternehmer permanent verringert. Gleichzeitig nehmen Armut und Elend erschreckende Ausmaße an. Das alles soll uns als alternativlos verkauft werden! Aber: Geld ist genug da. Es muß nur geholt werden. Erika Beltz



## Lob und Tadel für Unikliniken

In den Gießener Tageszeitungen häuften sich in den vergangenen Wochen Leserbriefe zu dem Zuständen am Uniklinikum. Mehrere Patienten beklagten sich über stundenlange Wartezeiten trotz starker Schmerzen und schwerwiegender körperlicher Beschwerden und über verschobene OP-Termine ohne Information. Dann folgten Lobesbriefe mit Dank für schnelle Hilfe. Ist das ein Widerspruch? Nein, bei den Lobesbriefen handelte es sich um Einlieferungen wegen Verdachts auf Herzinfarkt bzw. Schlaganfall. In diesen Fällen ist schnelles Handeln nicht nur medizinisch geboten, sondern auch wirtschaftlich günstiger. Wenn ein Patient vor der Behandlung stirbt oder für längere Zeit auf die Intensivstation muß, ist das nicht gut für den Betreiber. Wer „nur“ Schmerzen oder nicht lebensbedrohliche Beschwerden hat, kann ruhig ein paar Stunden warten, bei notwendigen Operationen auch mal ein paar Tage.

Gernot Linhart

## Selbstkostenbeteiligung

Im Zusammenhang mit einer Erkrankung hatte ich eine Fahrt mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus nach Gießen nötig und anschließend einen stationären Aufenthalt. Und dann wurde ich zur Kasse gebeten: 10 Euro Selbstkostenbeteiligung an der Fahrt mit dem Krankenwagen und 10 Euro Selbstkostenbeteiligung pro Tag im Krankenhaus. Was heißt denn hier eigentlich „Selbstkostenbeteiligung“? Ich zahle doch meine Krankenversicherungsbeiträge! Bis 1978 hatten wir in der BRD die so genannte paritätische Finanzierung, das heißt Unternehmer und Beschäftigte zahlten jeweils 50% der Krankenversicherungsbeiträge, wobei noch die Frage zu klären wäre, wer denn die hälftige Zahlung des Unternehmers erarbeitet. Aber davon einmal abgesehen führte die Bundesregierung 1978 unter SPD-Kanzler Helmut Schmidt die Rezeptgebühr in Höhe von 1 DM Pro Rezept ein. Das war der Einstieg in den Ausstieg aus der so genannten paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Und so wurden scheinbar unter der Lüge der „Selbstbeteiligung“ im Laufe der Jahre weitere Leistungen den Versicherten aufgelastet. Und mich kostet, wie alle anderen gesetzlich Versicherten nun die Fahrt mit dem Rettungswagen, der Aufenthalt im Krankenhaus zusätzliches Geld. Ach ja, bei den Mitteln zur Wundbehandlung habe ich natürlich auch einen Selbstkostenanteil zu tragen. Rechnung kommt dann.

H.R.

## 12 Stunden Arbeitszeit?!

Uns ist ein Lehrstück in Sachen Ausbeutung der Arbeitskraft zugetragen worden, dessen Qualität an die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert erinnert. Die Firma SHS Lochbleche in Butzbach ließ vor kurzem 12 Stunden arbeiten im 2 Schicht-Rhythmus! Z. Zt. wird dort „nur“ noch 10 Stunden gearbeitet, bei einer Pausenzeit von 20 Minuten, die natürlich unbezahlt ist. Wir schenken uns an dieser Stelle, diese menschenunwürdigen Produktionsverhältnisse im Detail zu kommentieren und gehen der Frage nach, ob eine reine Arbeitszeit von 12 Stunden in der BRD überhaupt arbeitsrechtlich möglich ist. Das Arbeitszeitgesetz sieht nach § 7 Abs. 1 Nr. 4, dass Arbeitszeiten im Bereich ab 10 Stunden nur möglich sind, wenn der Betrieb eine Tarifbindung hat. Ohne Tarifbindung gibt es keine Öffnungsklausel was Arbeitszeiten von 12 Stunden betrifft.

Aber es gibt wichtige Voraussetzungen, die zwingend erforderlich sind, um solche Arbeitszeiten überhaupt durchführen zu können. So muss z.B. nachweisbar sein, dass „regelmäßig und in erheblichen Umfang“ Bereitschaften Teil der Arbeitszeit sind. Das ist dann der Fall, wenn der Betrieb z.B. über eine eigene Werksfeuerwehr und einen arbeitsmedizinischen Notdienst verfügt. Ein Betrieb der länger als 10 Stunden arbeiten lässt, muss dies außerdem beim örtlichen Regierungspräsidium anmelden (gilt auch für Überstunden an Wochenenden); das Gewerbeaufsichtsamt muss informiert werden, und die Berufsgenossenschaft als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung muss eine Meldung erhalten. Das hat zur Konsequenz, dass die Berufsgenossenschaft, in dem Fall die Süddeutsche Metallberufsgenossenschaft eine andere Gefahrenklasse für den Betrieb erstellt, weil sie davon ausgeht, dass mit hohen Arbeitszeiten das Unfallrisiko steigt. Der Betrieb müsste dann höhere Beiträge bezahlen. M.Düsterdieck



news.dkp.de / dkp-giessen.de

# Kapitalistische Astrologie

Die kapitalistischen Sterndeuter lesen die Zukunft stets aus den Daten, die am wenigsten aussagekräftig sind. Diese müssen nur nach Möglichkeit den Anschein vermitteln, zur kurzfristigen Geldanlage zu taugen. Da befindet sich die Börse der wichtigsten kapitalistischen Länder seit zwei Jahren nach tiefem Absturz auf Rekordfahrt, der deutsche Börsenindex woll-



te gerade die 10.000 knacken, angeblich eine „magische Zahl“, warum weiß natürlich niemand zu sagen. Dann knickte der DAX ein, ein böses Omen, falls er es sich nicht doch wieder anders überlegt. Oftmals liegt das unklare Gefühl der bürgerlichen Politiker und Professoren doch richtiger als ihre ganze so genannte Wissenschaft.

Dann verspüren diese Herrschaften ein schummriges Gefühl. „Das könnte böse enden“, sagt der Nobelpreisträger Prof. Robert Shiller, weiß Gott keiner, der dem Kapitalismus übel will. „Bisher verlief das Muster am Aktienmarkt so: Es ging aufwärts bis 2000, dann kam der Absturz. 2004 ging es wieder nach oben, 2007 folgte der nächste Einbruch. Seit 2009 geht es wieder nach oben.“ Ja, und wie geht es weiter? Shiller: „Ich bin unsicher.“ Die zyklische Krise ist also seit 2009 überstanden. Eigentlich kein Wunder, denn die Notenbanken der Welt haben seit der letzten Krise Billionen Euro durch Zinssenkungen und die Ankäufe von Wertpapieren in die Wirtschaftskreisläufe gepumpt. Aber kein Unternehmer wird investieren, nur weil er extrem billig an Geld kommt, wenn er sich nicht höhere

Umsätze versprechen kann. So treibt es die Investoren in immer spekulativere Geschäfte und an den Börsen explodieren die Aktienkurse, was manche Wirtschaftsastrologen als Zeichen strotzender Gesundheit nehmen. Dabei ist ein Großteil der Schulden der Privaten bei den Staaten gelandet. Wir werden das alle in unseren Gemeinden ganz hautnah zu

spüren kriegen, wenn die Schuldenbremsen voll zu greifen beginnen. Die Stadt Giessen hat sich mit der horrenden Anhebung der Grundsteuer schon dazu entschlossen, die Mieten in die Höhe zu treiben. Aus der Wirtschaftskrise ist die Krise der Staatsfinanzen geworden.

Der „Spiegel“ zitiert Ökonomen, die überzeugt sind: Die Frage lautet nicht mehr, ob der nächste Einbruch kommt, sondern wann. Die Konjunkturzyklen der letzten Jahrzehnte betragen etwa jeweils sieben Jahre. Die wären 2015 wieder um. Wir wollen uns nicht unter die Auguren mischen. Wir wissen aber, dass der Krebschaden des Kapitalismus unbehandelt weiter wuchern wird.

Klaus Mewes



# Von Heuschrecken zu Drohnen

Wüstenheuschrecken mögen zwar unscheinbar sein, besitzen aber eine Gabe, die andere Insekten alt aussehen lässt: Sie finden sich auf der Welt besser zurecht als jedes high-tech Navigationsgerät. Dabei orientieren sie sich entweder an den Sternen oder am Lichtmuster des Mondes. Dass die Tierchen dies können, sei ihnen vergönnt, jedoch wollte sich diesen Orientierungssinn das US-Militär zunutze machen.

An der Philipps-Universität Marburg forschte die Arbeitsgruppe um Professor Uwe Homberg bereits seit 2008 am nächtlichen Verhalten der Insekten, um ein besseres Verständnis für

sollten. So reiht sich auch die Marburger Uni ein in die Liste der Hochschulen mit (US-)Militärforschung. Dabei ist Drohnenforschung keine Lappalie: Militärische Drohnen stellen eine enorme Gefahr für den Frieden dar. Je ausgefeilter sie sind, desto effizienter sind sie (auch finanziell) und desto leichtfertiger werden sie eingesetzt.

Dabei nehmen unter anderem 'gezielte Tötungen' zu, die rechtliche Verantwortlichkeiten verschleiern, rechtsstaatliche Verfahren nicht kennen sowie Völkerrecht und die Menschenrechte schleifen. Alle im Einsatzgebiet lebenden Menschen werden ter-



die Navigation und die Flugkontrolle der Tierchen zu erlangen. Das Projekt wurde mit rund 143.600 Euro von der US-Airforce bezuschusst, da ihre Fähigkeiten auf militärische Drohnen (unbemannte Luftfahrzeuge) und zielgelenkte Munition übertragen werden

rorisiert. Die hohe Anzahl an zivilen Opfern bei Drohnenangriffen zeigt, dass die ohnehin seltene Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten, wie beispielsweise der Luftangriff auf entführte Tanklastler am 4.9.2009 in Kundus zeigt, weiter ab-

Die Tageszeitung

## jungeWelt

### drei Wochen probelesen!

[www.jungewelt.de/testabo](http://www.jungewelt.de/testabo)  
Abotelefon: 0 30/53 63 55 50

Das Probeabo ist kostenlos und endet automatisch.



**uz** unsere zeit  
sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche  
Antikriegszeitung**

**Wochenzeitung der DKP**

**10 Wochen  
kostenlos testen**

CompressVerlag, Hoffnungs-  
Str. 18, 45127 Essen

nimmt. Präzisere Navigation und Munition ändert daran nichts.

Die Forscher selbst sind Getriebene: Durch Mittelkürzung der Hochschulen sind sie vermehrtem Druck ausgesetzt, Drittmittel einzutreiben. So sollten beispielsweise den hessischen Unis jedes Jahr ungefähr 30 Millionen Euro gestrichen werden. Das führt dann auch schonmal zum Pakt mit der US-Armee.

Daher fordern wir:

- \* Zivilklauseln schaffen und einhalten,
- \* Forschungseinrichtungen ausreichend materiell ausstatten, Drittmittel zurückdrängen
- \* Drohnenforschung und -Anschaffung sofort beenden
- \* Kriegseinsätze ächten, Militarisierung zurückdrängen.

Forschung für's Militär ist Beteiligung am Mord!

**SDAJ-Gruppe Gießen/Marburg**

Die SDAJ trifft sich jeden Mittwoch um 18 Uhr, abwechselnd in Gießen und Marburg

Weitere Infos:

[www.comandante.twoday.net](http://www.comandante.twoday.net) oder  
[www.sdaj-hessen.de](http://www.sdaj-hessen.de)

# Deutsche Wirtschaftsflüchtlinge in Rumänien

Da höre ich mir seit Monaten die Hetze in den deutschen Medien an, diese unnützen Roma aus Rumänien missbrauchten „unser Sozialsystem“, weil sie als Armutsflüchtlinge in das reiche Deutschland kommen. Heute dann ein Bericht im HR 1, worin nicht ohne Stolz davon berichtet wird, dass 80 deutsche Medizinstudierende rumänische Universitäten besuchen. Hier im Land reiche ihr Notendurchschnitt nicht für das numerus-clausus beschränkte Studium. Dort könnten sie von den nicht vorhandenen

oder sehr niedrigen Studiengebühren profitieren. Diese nichtsnutzige Journalle stellt das noch als Wohltat für Rumänien dar. Ich glaube es ja nicht: ein reiches Land wie Deutschland schickt seine Studierenden in ein so armes wie Rumänien. Sie nutzen die dort mit staatlichen Mitteln geförderten Unis für die Ausbildung der Ärzte, die dann natürlich hier praktizieren werden. Wenn allerdings Menschen von dort hier her kommen, dann ist Jammern allerorten, sie lebten von unseren Steuergeldern. Das Leben

auf Kosten von rumänischen Steuergeldern wird mir als internationalistische Großtat verkauft. Nur zum Schluss noch mal der dezente Hinweis, dass das soz. Kuba aus Solidarität mit anderen weniger reichen Nationen Ärzte auf seine Kosten ausbildet, die aber dann in ihre Heimat zurück müssen und dort die Menschen behandeln. Wie schon Marx sagte, die Verhältnisse stehen auf dem Kopf und müssen auf die Füße gestellt werden.

Brigitte Kabbeck



Redaktionsschluß für das März.-Echo: Di., 25.02.2014

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, Sparkasse Gießen, Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: /www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:

.....

e-mail: .....

## Fortsetzung Prozeß Dennis Stephan

Auch die beiden Verhandlungstage im Januar trugen nicht das Geringste zur Aufklärung der Ungereimtheiten bei. (s. Echo von Dez.u.Jan.)

Sowohl die Zeugenvernehmung der Polizisten, die bei der Festnahme als auch beim Unfall (als D.S. von einem Auto überfahren wurde) dabei waren erschöpfte sich in langatmigen Wiederholungen. In deren Mittelpunkt stand – wie von Beginn an - hauptsächlich nicht das Tatgeschehen, sondern das, was andere (auch namentlich nicht Bekannte) gesagt haben sollen.

Das nennt man „Hörensagen“ und darf vor Gericht eigentlich keine Rolle spielen.

Unklar blieb auch, weshalb nach dem Unfall (schwere Körperverletzung) kein Unfallbericht dokumentiert wurde, was schon bei Sachschäden der Fall ist. Ein Kriminalhauptkommissar, der über das Verhör von Mutter und Freundin von D.S. berichtete, schilderte vor Gericht, wie er beide vorher auf ihr evtl. „Zeugnisverweigerungsrecht“ hin-

gewiesen habe. Nun muß generell überhaupt niemand vor der Polizei aussagen (außer Angaben zur Person). Dieses Recht existiert nur vor Gericht. Damit hat er beide unter Druck gesetzt und zumindest der Freundin suggeriert, daß sie zur Aussage verpflichtet sei.

In einer abschließend verlesenen Erklärung der Betreuungsbevollmächtigten von D.S., wurde festgestellt, daß D.S. auf der Intensivstation der Uni-Klinik vor seiner Einweisung in die Psychiatrie mehrere Tage lang schwere Psychopharmaka über eine Magensonde verabreicht wurden, obwohl seine vorliegende Patientenverfügung dies ausdrücklich ausschloß. Erika Beltz

**Am Rande:** Bei der Festnahme wurde D.S. Pfefferspray angedroht. Auf die Frage, wie denn der (nach seiner Aussage harmlose wirkende) Angeklagte sich hätte verhalten haben müssen, um dies zu verhindern, antwortete der Polizist: „Nicht da sein.“



# Gauck und Steinmeier erklären den Krieg

Unterstützt sowohl von Rüstungsfirmen wie Europas führendem Panzerhersteller Krauss-Maffei Wegmann als auch von der Bundesregierung fand die 50. »Münchener Sicherheitskonferenz« im Luxushotel Bayerischer Hof statt... Eröffnet hat die Konferenz am Freitag Bundespräsident Joachim Gauck. Der forderte von Deutschland mehr »Engagement« in der Welt. Die Bundesrepublik solle sich »früher, entschiedener und substantieller einbringen«.

Jahrzehntelang habe die Politik mit dem Hinweis auf die »historische Schuld« die eigene, vor allem militärische »Zurückhaltung« begründet. Jetzt sei aber wieder eine »aktivere Rolle nötig«.

Zum »Star« der diesjährigen Sicherheitskonferenz haben der Tagesspiegel und der Fernsehsender n-tv aber

den ukrainischen Oppositionspolitiker und Boxer Vitali Klitschko erklärt



– der US-Analysedienst Stratfor bezeichnet ihn als »Berlins Mann in Kiew«. Er soll in München unter anderem mit US-Außenminister John Kerry zusammentreffen... (gekürzt aus: junge Welt vom 1.2.2014)

## SPD-Außenminister Steinmeier droht:

»Deutschland sei zu groß, um Weltpolitik 'nur von der Außenlinie zu kommentieren', sagte er auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Darum müsse man bereit sein, 'früher, entschiedener und substantieller einzugreifen'. Der Einsatz der Armee sei dabei nur letztes Mittel.«

(ARD-Bildschirmtext, 1.2.2014)

Wie die zur Zeit "letzten Mittel" in: Afghanistan... Usbekistan... Kosovo... Türkei... Südsudan... Sudan... Libanon... Mali... Senegal... Horn von Afrika... Kongo...

## NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!



JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands!

Am 25. Mai ~~X~~  
DKP wählen!

## Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Zum 75. Geburtstag gratulieren wir herzlich unserem zuverlässigen Echo-Mitarbeiter

## Klaus Mewes

Mit seiner marxistischen Weltanschauung trägt er im Bereich der Ökonomie wesentlich zum Ansehen unserer Zeitung bei. Wir wünschen ihm und uns noch eine lange fruchtbare Zusammenarbeit,

Gießen, im Februar 2014  
Redaktion Gießener Echo

## Liebe Leserinnen und Leser,

wir bedanken uns herzlich für alle eingegangenen Spenden und bitten nochmals um Überweisung der Abo-Gebühren und um weitere Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere On-line-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

**Sparkasse Gießen, IBAN:**  
DE75 51350025 0000 1930 70,

Es grüßt mit herzlichem Dank  
Die Echo-Redaktion

## UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST der DKP

27.-29. Juni 2014

Dortmund

Revierpark Wischlingen

www.dkp.de

Das größte Volkfest der Linken!



Kauft den Soli-Button zur Finanzierung des Festes

Samstag, 28. Juni,  
auf der Hauptbühne:  
Konzert mit  
Konstantin Wecker

Spendet für das  
Fest der Solidarität!

Spenden bitte an: DKP-Parteivorstand  
Konto-Nr.: 4002 487 501  
GLS Bank Bochum, BLZ 430 609 67  
Stichwort: "UZ-Pressfest"